



Sozialdemokratische Partei
Köniz

JUSO



Jungsozialist*innen
Mittelland-Süd



Motion (SP, JUSO, Grüne, Junge Grüne) „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“

Auftrag:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzugleichen.
2. Der Gemeinderat legt für obligatorische Klassenlager und Exkursionen eine für alle Könizer Schulen verbindliche Bandbreite der Beiträge pro Tag und Kind fest.
3. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass das bestehende Angebot der Könizer Schulen an obligatorischen Exkursionen und Klassenlagern in Bezug auf Qualität und Menge mindestens beibehalten wird und stellt die nötige Finanzierung dafür sicher.

Begründung:

Das Bundesgericht entschied im Dezember 2017 (BGE 144 I 1), dass Schulen keine Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten mehr verlangen dürfen. Es bezog sich dabei auf die Bundesverfassung, die einen unentgeltlichen Volksschulunterricht für alle garantiert; darunter fallen auch Ausflüge, Landschulwochen und Skilager, sofern die Teilnahme obligatorisch ist. Den Eltern dürfen gemäss Entscheid des Bundesgerichts nur Kosten in Rechnung gestellt werden, die sie durch die Abwesenheit ihrer Kinder sparen. Dies betrifft namentlich Verpflegungskosten von 10 bis 16 Franken pro Tag. Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat in der Folge die Vorgaben des Bundesgerichts nach oben korrigiert und empfiehlt eine Bandbreite von 15 bis 25 Franken pro Tag.

In seiner Antwort auf die Interpellation „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“ (V1834) schrieb der Gemeinderat 2019, dass er in Bezug auf die Praxis in der Gemeinde Köniz keinen Handlungsbedarf ableitet. Die in der Antwort enthaltene Umfrage bei den Schulleitungen zeigte allerdings eine grosse Heterogenität in der Handhabung der Elternbeteiligung. Dort wurden den Eltern zu diesem Zeitpunkt sehr unterschiedliche Pauschalen sowie teilweise auch ÖV-Beiträge verrechnet. Verschiedene Schulkreise verrechneten zudem höhere Beträge als von der Bildungs- und Kulturdirektion empfohlen, teilweise mit der Möglichkeit, dass bedürftige Familien auf Gesuch hin entlastet werden. Insbesondere diese Praxis wirkt stigmatisierend, widerspricht der Grundidee der Volksschule sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung.

Im Rahmen einer umfassenden Erhebung des Eidgenössischen Preisüberwachers (Bericht «Beteiligung der Eltern an den Kosten von obligatorischen Lagern und Exkursionen der Volksschule» vom 3. September 2024) wurde die Praxis der Kostenüberwälzung schweizweit überprüft. Der Preisüberwacher stellt darin fest, dass unter anderem die Empfehlung der bernischen Bildungs- und Kulturdirektion in klarem Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung steht. Basierend auf einer aktualisierten Datenlage sei der zulässige Betrag, der Eltern für obligatorische Klassenlager und Exkursionen pro Kind und Tag auf 8 Franken zu reduzieren.

Die Könizer Schulen bieten den Schülerinnen und Schülern vielfältige lehrreiche Exkursionen und Klassenlager an, die sehr geschätzt werden. Auch der damit verbundene Zusatzaufwand, den die Lehrpersonen leisten, wird von der Könizer Politik wahrgenommen und sehr geschätzt. Dieser Vorstoss stellt dieses Angebot in keiner Weise in Frage, sondern möchte rein die Finanzierung dieser Veranstaltungen rechtskonform und für die Familien finanziell tragbar gestalten.

Der Gemeinderat wird beauftragt, sicherzustellen, dass in Köniz eine Praxis durchgesetzt wird, welche mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung sowie den Erkenntnissen des Preisüberwachers übereinstimmt. Eine entsprechende Regelung darf nicht zulasten des Angebots gehen.

4. November 2024, Isabelle Steiner

I. Steiner
M. Röp

J. Hamm

B. Kohn

Lehrpersonen

F. Schen

P. A.

V. M.

G. G.

J. K.

D. F.

G.

M. F.

L. H.

K.

C.

J. M.

A. L.

B.

J. L.

S.

C.

A.

C. M.